

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Im Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 16,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Verträge, welche Abnehmer zu ergreifen, im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion vorbehalten. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreise laut anliegenden Tarif Nr. 4. - Nachweisungs-Gebühr 20 Pf. - Vorschrifteneinreichung bis Freitag 10 Uhr. - Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 271 - 93. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 20. November 1934

Kräfte des Aufbaues.

Von Danzig zur Saar. - Das Aufbauwert der deutschen Zeitung. - Der Mensch der Scholle.

Außerordentlich wünschenswert wäre es, wenn man auch im Auslande, das so stark gegen den deutschen Nationalsozialismus eingestellt ist, an dem Ausgang der Kreis- und Gemeindevahlen im Gebiet der Freien Stadt Danzig nicht achlos vorübergehen würde. Denn diese Wahlen haben das Märchen ganz gründlich zerstört, daß nur im Deutschen Reich selbst der Nationalsozialismus Herz und Sinn der Deutschen erobert habe. Schon die ganze politische Entwicklung im Freistaat und besonders der Stadt Danzig selbst, also dem Regierungssitz, hatte gezeigt, mit welcher überwältigender Mehrheit die Danziger sich zum Nationalsozialismus bekennen. Das gleiche wurde nun auch draußen auf dem Lande bei den Kreiswahlwahlen in der Danziger Niederung und auf dem Danziger Werder offenbar, wo seit dem Juni des vergangenen Jahres zum erstenmal wieder Neuwahlen zum Kreisrat und zu den Gemeindevertretungen stattfanden. Dem Nationalsozialismus gegenüber standen in voller Freiheit der Wahllisten und der Abstimmung, vier Parteien, nämlich die verschmolzenen Deutschnationalen und das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Kommunisten sowie die Polen. Auf Kosten dieser Parteien hat nun die NSDAP einen großen Sieg errungen; die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark und das Endergebnis zeigte eine weitere Steigerung der nationalsozialistischen Stimmen von der bisherigen Zweidrittel- zu fast einer Vierfünftelmehrheit.

Das ist also das Charakteristische dieser Wahlen im Freistaat Danzig, wo auch mehr als genug gegen den sich siegreich durchsetzenden Nationalsozialismus von außen her intrigiert worden ist! Die früheren Parteien sind nun auch durch diese Wahlen in ihrer ganzen Bedeutungslosigkeit beleuchtet worden. Andererseits bedeutet der Sieg der NSDAP aber nicht nur einen Sieg des Nationalsozialismus selbst, sondern auch der Politik, die unter seiner Führung im Danziger Freistaat getrieben wurde, seitdem er dort die Macht übernommen hatte.

Da wendet sich fast zwangsmäßig der Blick hinüber zur nächsten Abstimmung: Zur Saaraabstimmung am 13. Januar 1935. Dort hat sich in der Deutschen Front alles über die früheren Parteien hinweg geeint, was an jenem Tage ein Geständnis der Treue zum Vaterland ablegen will. Noch mehr also als in Danzig wird an der Saar der Gedanke des neuen Deutschlands den Sieg erringen.

Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß große politische Krisen im Leben eines Volkes nicht zuletzt auch dort zu Krisen führen müssen, wo dieses Leben politisch nach außen hin besonders stark zum Ausdruck kommt: in der Presse. So hat auch mit und nach der deutschen Revolution die Presse in Deutschland eine Krise durchgemacht, durchmachen müssen, bis sie in ihrer Gesamtheit nicht etwa nur äußerlich, sondern auch innerlich den Anschluß an das Wollen und Handeln des umgestalteten Volkes und des neugeschaffenen Staates gefunden hat. Auf der ersten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Berlin konnte aber der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels jene Krise der Presse als ebenso äußerlich wie innerlich überwunden bezeichnen und nun auch das Verdienst der Presse nach der Richtung hin feststellen, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Wortes und der Schrift für jenes Wollen und Handeln des neuen Deutschlands sich einsetzt. Nach dem Siege des Nationalsozialismus, der zunächst ein Sieg des Gedankens der Volksgemeinschaft gewesen ist, hat es die deutsche Presse allmählich gelernt, im Umfang ihres Könnens für die Arbeit zu wirken, mit der jener Gedanke nun in die Wirklichkeiten und Notwendigkeiten des Tages hinüber- und hineingetragen wurde, vor allem in die große Arbeitsschicht hinüber, die Tag für Tag fortgesetzt werden mußte. Die Presse hat es verstanden, ebenso Tag für Tag dem Volke neuen Mut und neue Initiative zu geben, das Verdienst für das Gesamtwerk zu wecken und damit auch für die Notwendigkeit und Möglichkeit, schwierige Augenblicke zu überwinden. Diszipliniert wie der nationalsozialistische Staat ist daher auch seine Presse in der Aufgabe, überhaupt das Verständnis für das Außen- und Innen-, das wirtschafts- und sozialpolitische Wollen des neuen Staates aber nicht bloß zu wecken, sondern es in der gleichen Richtung weiterzuführen. Und nur so konnte es, wie Dr. Goebbels ausführte, möglich werden, dann dieses große Gewicht einer neuen Presse erfolgreich in die Waagschale zu werfen. Das ist aus der im Ausland so oft kritisierten „Gleichschaltung“ der deutschen Presse geworden: Sie will mit ihrem ganzen Gewicht für das wirken, was der Führer für Deutschland will und wirkt.

In vollem Maße hat es der Nationalsozialismus erreicht, die deutsche Landwirtschaft zu einem Welt- und Wirtschaftswirtschaften. Ihm wurde im neuen Staat

Wien = Budapest = Rom.

Wien - Budapest - Rom

Das Ergebnis der Komreise Schuschnigg's

Ueber das Ergebnis der Komreise Schuschnigg's wird amtlich bekanntgegeben:

Mussolini hat zwei lange Besprechungen mit dem Kanzler Schuschnigg gehabt unter Teilnahme des österreichischen Außenministers von Werger-Waldenegg und des Staatssekretärs des Auswärtigen, Suvich.

In diesen Besprechungen wurde die politischen Einverständnisse zwischen Italien und Oesterreich wieder bekräftigt, und zwar auf der in den vorhergehenden Begegnungen mit dem verbliebenen Kanzler Dollfuß festgelegten Linie. Es wurden die Voraussetzungen geprüft, die nötig sind, daß Oesterreich, gestützt in seinem politischen und wirtschaftlichen Aufbau und gestützt auf die Freundschaft Italiens und Ungarns, möglichst schnell und in vollem Maß die historischen Funktionen wieder aufnehmen kann, die auf die im Donaudelta aufeinanderstrebenden Kräfte ausgleichend wirken. Es wurde auch in Beziehung auf Oesterreich das befriedigende Funktionieren der italienisch-österreichisch-ungarischen Protokolle vom März d. J. festgelegt, die einen unbestreitbaren Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs geleistet haben. Es wurde ferner bekräftigt, daß die Dreier-Abkommen keinen ausschließenden Charakter tragen und auch auf andere Staaten ausgedehnt werden können, die die Bedingungen erfüllen, die ihre Grundlage bilden. Es wurde festgestellt, daß die Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wünschenswert ist, und zwar durch den Abschluß neuer Abkommen zur Schaffung von Kulturinstituten in den beiden Städten Rom und Wien.

Rom verurteilt die jüdislawischen Absichten in Genf.

Rom, 19. November. Der von Südslawien angekündigte Schritt in Genf wird in Italien durchaus unangenehm beurteilt. Die Presse beschäftigt sich mit ihm allerdings nur in beschränktem Maße, dann jedoch immer klar ablehnend. Der Feind schreibt, man könne zwar die jüdislawische Aktion mit Ruhe abwarten, aber man könne schon jetzt versuchen, ihre Wirkung zu umschreiben. Europa und besonders die Großmächte würden keine Lust haben, sich von der Kleinen Entente oder nur von Belgrad bei der Prüfung einer Frage ins Schlepptau nehmen zu lassen, die nicht in die brutalen Begriffe eines Ultimatum's zusammengedrängt werden könne. Der Völkerbund, dem die Sanktionsmittel fehlen, müsse in seiner Eigenhaft als internationaler Organismus davor behütet werden, in Fragen hineingerissen zu werden, die auf formalem diplomatischem Wege gelöst werden könnten. Wenn die jüdislawischen Absichten, so wie sie von englischer und französischer Seite dargestellt werden, keine Revision erfahren, so heiße das, daß Südslawien tatsächlich mit einem Plan liebäugle, wie es die Ungarn behaupten, einem Plan, der von der Kleinen Entente gebilligt werden mag, den aber das Gewissen der kulturellen Welt entschieden verurteile.

eine wesentlich andere Stellung gegeben, die ganz neue Rechte, aber auch ganz neue Pflichten umfaßt. Das nur Wirtschaftliche mußte zurücktreten hinter dem deutschen Menschen auf der Scholle und darum sprach jetzt in seiner Schlussrede auf der Goslarer Reichsbauern-Tagung der Reichsbauernführer Darré zuerst vom Blut und dann vom Boden. Daß der Nationalsozialismus von diesem beidem ausging und für beides arbeitete, daß er dadurch den Reichsnährstand aus dem Nichts geschaffen und zu dem gemacht hat, was deutsches Bauerntum im Staat und für den Staat bedeutet, hat den Erfolg der ganzen Arbeit erst ermöglicht. Und der Reichsbauernführer durfte in Goslar daher auch sagen, daß man von einem in vollem Gange befindlichen Gesundungsprozess nicht nur reden könne, sondern sogar reden müsse. Aus der Aufgabe der blutmäßigen Erhaltung des deutschen Volkes und seiner Ernährung im weitmöglichsten Umfang ergibt sich die wirtschaftliche Neuordnung im Reichsnährstand und durch ihn. Den Ertrag seiner Arbeit zu sichern heißt hier, den Boden zu sichern und damit das Blut. Und der Reichsbauernführer erklärte es als notwendig für die Selbstbehauptung des neuen Staates, daß auch die übrige deutsche Wirtschaft nach denselben Grundsätzen, mit denen das Bauerntum jene Neuordnung vollzog, auch sich selbst neuordnen und dadurch in die Bauernfront einfließen müsse.

Das neue Kabinett in Belgien.

Brüssel, 20. November. Die neue Regierung ist trotz der Schwierigkeiten, die in letzter Stunde wegen der Belegung des Unterrichtsministeriums entstanden waren, noch in später Nachtstunde gebildet worden. König Leopold hat kurz vor Mitternacht Theunis empfangen und der ihm vorgelegten Ministerliste seine Zustimmung erteilt. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Ministerpräsident ohne Portefeuille: Theunis, Katholik;
- Minister ohne Portefeuille: Francqui, liberal;
- Außenminister: Homans, liberal;
- Landesverteidigungsminister: Devèze, liberal;
- Justizminister: Boveffe, liberal;
- Innenminister: Verlot, Katholik;
- Unterrichtsminister: Hirmaux, liberal;
- Finanzminister: Guit, liberal;
- Minister für öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und Mittelstand: van Cauwelaert, Katholik;
- Arbeitsminister: Rabbenq, Katholik;
- Wirtschaftsminister: van Hader, Katholik;
- Verkehrs- und Postminister: du Bus de Warnaffe, Katholik;
- Kolonialminister: Charles, Katholik.

Reichsjustizkommissar Dr. Frank in Sofia.

Vom König und dem Kabinettschef empfangen. Reichsjustizkommissar Dr. Frank, der auf Einladung der bulgarischen Landesuniversität in Sofia weilte, wurde von König Boris in einstündiger Audienz empfangen.

Vorher hatte Reichsjustizkommissar Dr. Frank dem Ministerpräsidenten Georgiew Gräbe des Führers und Reichskanzlers überbracht. Im Laufe der längeren Unterredung, an der auch die meisten Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, entwickelte sich ein reger Gedankenaustausch über die engen kulturellen Beziehungen der beiden Länder. Dr. Frank schlug dabei dem bulgarischen Ministerpräsidenten einen Austausch von Rechtsstudenten zwischen Deutschland und Bulgarien vor.

Japans ablehnende Antwort in der Flottenfrage.

Der japanische Botschafter hat in London dem Staatssekretär des Auswärtigen die Antwort der japanischen Regierung zu den englischen Vorschlägen in der Flottenfrage überreicht. Die Antwort ist in einem sehr höflichen aber bestimmten Ton abgefaßt und völlig negativ. Ihr Inhalt läßt sich wie folgt umschreiben:

Japan wünscht nicht eine Flotte, die so groß ist, wie sie etwa von den Bedürfnissen des britischen Weltreiches erfordert wird.

Aber die japanische Regierung will, daß man auch Japan das Recht zugesteht, unter Umständen seine Flotte durch Neubauten bis auf den gleichen Umfang zu bringen.



Der feierliche Abschluß des Reichsbauern-Tages. Reichsminister Reichsbauernführer Darré auf der Kundgebung im Stongreßzelt.